



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 34. Ratssitzung vom 11. Januar 2023

1226. 2022/564

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022:

Öffentlichkeitsarbeit und regelmässige Sensibilisierung über die Gefahren sowie gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominik Waser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 938/2022):
Es ist klar, dass rechtsextreme und neofaschistische Tendenzen nicht mit einer Massnahme bekämpft werden können. Wir werden weitere Vorstösse zu diesem Thema diskutieren, die heute noch nicht traktandiert sind. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliche Initiativen das Thema auch angehen. Allein mit den Massnahmen in diesem Parlament werden wir die gefährlichen Tendenzen in der Gesellschaft nicht bekämpfen können. In diesem Vorstoss geht es um das Thema Sensibilisierung und Prävention. Wir wollen, dass die Stadt mit Öffentlichkeitsarbeit und regelmässiger Sensibilisierung gegen die Gefahren und das Aufkommen von rechtsextremen Tendenzen aktiv wird. Der Stadtrat und auch viele andere Behörden haben die öffentliche Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit vernachlässigt. Rechtsextreme und andere menschenverachtende Ideologien dürfen in Zürich nicht salonfähig werden. Expertinnen wissen heute, dass die rechtsextremistischen Diskursmechanismen und Strategien allein mit Jugendarbeit bekämpft werden können. Um das Bewusstsein der Stadt, ihrer Institutionen und Bewohnerinnen für die unmissverständliche Verurteilung von Rechtsextremismus zu stärken, soll sie mit Expertinnen konzipierte, wiederkehrende Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen durchführen. Dabei soll über verschiedene Kanäle und in geeigneter und vielfältiger Art und Weise über die Gefahren und Strategien von rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen informiert werden. Das historische Bewusstsein soll gestärkt und es sollen Hinweise für den alltäglichen Umgang mit diesen Themen gegeben werden. Wichtig ist, dass auch die neuartige Kommunikation und das neuartige Auftreten der Gruppierungen thematisiert wird, weil das vielen Leuten nicht bekannt ist. Die Gruppe, deren Name ich nicht nennen werde, ist ein perfektes Beispiel dafür. Es soll sichergestellt werden, dass die gesamte Zürcher Bevölkerung Berührungspunkte mit den Sensibilisierungskampagnen und Informationen hat. Das antifaschistische Selbstverständnis in dieser Stadt soll unterstützt und gestärkt werden. Die Grundlage ist eine freie und demokratische Gesellschaft. Für die Erarbeitung dieser Kampagne soll die Stadt die Organisation einer Konferenz in Betracht ziehen, es gibt aber auch weitere Möglichkeiten. Der Dialog mit anderen Gemeinden ist denkbar und gewünscht. Die Kampagne ersetzt keine zivilgesellschaftlichen Bestrebungen und Arbeiten verschiedener Gruppen. Dies ist ergänzend und unterstützend.



2 / 4

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Der Postulatstext ist relativ kurz. Wenn das eine Aufgabe der Stadt Zürich wäre, dann könnte es auch eine Aufgabe der Stadt sein, regelmässige und wiederkehrende Sensibilisierungen für die Gefahren von organisiertem Verbrechen, von Medikamentenmissbrauch, von einseitigem Social Media Konsum oder von übermässigem Fernsehen durchzuführen. Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab. Die Stadt Zürich kann und soll ihre Bewohnenden nicht die ganze Zeit für alles sensibilisieren müssen, was einer politischen Mehrheit notwendig erscheint. Wichtig ist, dass eine gute Volksschule – ich denke an Geschichte und Staatskundeunterricht – der Bevölkerung das Rüstzeug gibt, selbständig durchs Leben zu gehen und für sich selbst, aber auch für das Umfeld und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Martina Zürcher (FDP) hat einiges erwähnt, dem wir zustimmen. Ich möchte eine Textänderung vorschlagen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Gemeinderat in einem jährlichen Kurzbericht mittels Daten des Nachrichtendienstes des Bundes über die Gefahren des Rechts- und Linksextremismus informiert werden kann.» Wir wissen Bescheid, wo die Gefahren liegen und dass Öffentlichkeitsarbeit benötigt wird. Die Gefahren liegen grösstenteils im Linksextremismus und wenn das verstanden wurde, wissen wir, wo wir anpacken müssen. Ich denke, zuerst müssen wir aufzeigen, wo die Probleme liegen, und dann können wir sie anpacken.

Serap Kahriman (GLP): Die grösste extremistische Bedrohung für unsere Demokratie ist zurzeit der Rechtsextremismus. Wie mehrfach erwähnt, ist der letzte, rechtsextremistische Angriff in der Stadt noch nicht lange her. Wir haben offensichtlich ein Problem mit dem Rechtsextremismus, der sich vor allem in der Stadt entlädt. Das gefährliche ist, dass sich diese Gruppierungen weiterentwickeln. Am Beispiel einer Gruppierung wird die neue Art von Propaganda ersichtlich. Sie soll provozieren und faszinieren und drängt über die sozialen Medien immer mehr in die Öffentlichkeit. Sie stellen sich als Influencer dar und versuchen, in die Mitte unserer Gesellschaft zu dringen. Mit breitgesellschaftlich diskutierten Themen, wie dem Genderthema, versuchen sie neuerdings auf die Debatten aufzuspringen und ihr menschen- und demokratieverachtendes Gedankengut zu normalisieren. Wir müssen deswegen auf allen Ebenen dranbleiben. Rechtsextremismus muss ganzheitlich bekämpft werden. Dazu gehört auch die Prävention, die Sensibilisierung und die Öffentlichkeitsarbeit. Wir dürfen nicht warten, bis aus rechtsextremistischen Weltbildern gewaltsame Taten werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen frühzeitig über die Gefahren aufgeklärt und sensibilisiert werden. Ich möchte betonen, dass die GLP mit der Unterstützung dieses unveränderten Postulats alle anderen Formen von extremistischen Gruppierungen nicht verharmlosen möchte. Dennoch ist der Rechtsextremismus zurzeit die gravierendste Bedrohung unserer Stadt.

Andreas Kirstein (AL): Ich kam im Jahr 1983 als junger Student nach Zürich. Damals gab es parallel und konterkarierend zu den sogenannten Jugendunruhen eine starke faschistische Szene auf der Strasse. Insbesondere das Niederdorf war für Punks, Ausländerinnen usw. ein äusserst gefährliches Pflaster. Was glauben Sie, wem wir es zu



3 / 4

verdanken haben, dass ich mich heute mit meiner People of Color Familie relativ ungefährdet im öffentlichen Raum bewegen kann? Staatlichen Sensibilisierungsprogrammen oder Broschüren der Kommunikationsabteilung der Stadtpräsidenten? Wir verdanken diesen glücklichen Umstand dem beherzten Eingreifen der Antifaschistischen Aktion (Antifa), die in Teilen dafür gesorgt hat, dass die Hegemonie auf der Strasse wieder den demokratischen und offenen Menschen gehört. Sie wurde durch eine grosse zivilgesellschaftliche Aktivität unterstützt, an der ich aktiv beteiligt war. Extremismus ist ein Begriff des Inlandgeheimdienstes und der Kampf gegen den Faschismus wird nicht durch einen konzipierten Angriff der Kommunikationsabteilungen der Stadt Zürich geführt werden können. Rechtsextremismus ist die implizite Behauptung, Faschismus sei die grösste mögliche Entfernung von der demokratischen Mitte der Gesellschaft. Die Geschichte des Faschismus lehrt genau das Gegenteil. Der Begriff ist zudem ohne Linksextremismus nicht denkbar. Insofern bin ich fast schon dankbar um die Textänderungen der FDP beim vorherigen Postulat. Sie beweisen, was ich sage. Es ist das Spiegelbild und die Hufeisenlehre, die schon erwähnt wurden. Es ist die diskursiv logische Fortsetzung der Verwendung des Wortes Rechtsextremismus. Wir lehnen den Begriff ab. Den Faschismus müssen wir alle bekämpfen. Auf der Strasse, im Betrieb, in den Gewerkschaften, in unseren Massenorganisationen und Parteien. Der Staat ist kein verlässlicher Kamerad in der Bekämpfung des Faschismus. Ich habe keinerlei Erwartung an den bürgerlichen Staat, die über die Gewährung von Recht – sozialer und ziviler Art – hinausgeht. Den grössten Beitrag leistet der Staat durch eine Nichtdiskriminierung und möglichst grosse Rechtsgewährung an alle. Recht haben und durch eine unabhängige Justiz Recht erhalten, ist der grösste Schutz vor der entwertenden Ideologie des Faschismus. Wer gegen die Volksrechte, wie Stimm-, Wahl- und Bürgerrechte für Ausländerinnen, kämpft, ist damit objektive Wegbereiterin von Diskriminierung und Ausgrenzung. Das sind wesentliche, aber keinesfalls abschliessende Bestandteile von jedem Faschismus. Staatlich verordneter Antifaschismus hat noch nie funktioniert und wird es auch im schmucken Kleid der Sensibilisierung nicht tun. Was ich sagte, spricht für die Ablehnung des Postulats. Aber, wir bewegen uns in einer politischen Auseinandersetzung des Erstarkens des Rechtsextremismus. Wir möchten darum eine Textänderung beliebt machen, damit mindestens im Prosateil das Wort Rechtsextremismus durch Neofaschismus ersetzt wird. In diesem Fall würden wir dem Postulat trotz unserer Ausführungen und angesichts der aktuellen politischen Situation zustimmen.

Dominik Waser (Grüne): *Den ersten Textänderungsantrag nehmen wir nicht an und wir haben uns entschieden, auch den AL-Antrag abzulehnen. Nicht weil wir ihn inhaltlich nicht sinnvoll finden, sondern weil wir das Gespräch gesucht hatten und es bereits eine lange Debatte gab.*

Das Postulat wird mit 67 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat